

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

15.8.1931 (No. 188)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Gemeinderat
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3615

Beantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur:
G. K. Menck,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Verleger, Druckerei und Anstalten werden nicht zurückgegeben falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der französische Besuch verschoben

Laval und Briand kommen erst im September

Der Berliner Besuch von Laval und Briand wird nunmehr doch erst im September nach der Genfer Tagung stattfinden. Briand hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, sein Gesundheitszustand habe sich zwar gebessert, jedoch untersagten ihm die Ärzte für die nächste Zeit noch das Reisen. In einem von Ministerpräsident Laval mit dem deutschen Vizekanzler von Goesch vereinbarten und der Presse übergebenen Kommuniqué heißt es:

„Man weiß, daß Ministerpräsident Laval am Donnerstag den Besuch des deutschen Vizekanzlers von Goesch empfangen hat, der ihm sowohl wie Außenminister Briand im Auftrage der deutschen Regierung offiziell eingeladen hatte, nach Berlin zu kommen. Das für die Reise vorgeschlagene Datum war der 26. und 27. August. Ministerpräsident Laval, der Herr von Goesch für die Einladung dankte und sie annahm, hatte ihm gesagt, daß er, soweit es das Datum angehe, keine endgültige Entscheidung treffen könne, weil Außenminister Briand gegenwärtig nicht in Paris sei. Der Ministerpräsident hat Freitag nachmittag von neuem Herrn von Goesch empfangen. Er hat ihm mitgeteilt, daß die Ärzte Professor Baquoz und Dr. Marx, die beauftragt worden waren, sich über den Gesundheitszustand des Außenministers Briand auszusprechen, zwar mit der lebhaftesten Verheißung die Fortschritte feststellten, die jeder Tag zur vollständigen Wiederherstellung des Außenministers bringe. Sie haben jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie ihm nicht vor seiner Abreise nach Genf eine Unterbrechung in der Kur auf dem Lande gestatten könnten, die ihm für einen Monat verordnet sei, und deren Nutzen nach einer so kurzen Frist durch die Anstrengungen einer offiziellen Reise nach Berlin aufgehoben werden könnte.“

Unter diesen Umständen sind Ministerpräsident Laval und Vizekanzler von Goesch in der Erwägung, daß die Teilnahme des Außenministers Briand bei diesem Besuch unerlässlich sei, sich darüber einig, daß die Reise der französischen Minister nach Berlin auf ein Datum verschoben wird, das so nahe wie möglich nach dem Ende der Völkervereinigung liegt.“

Der Eindruck in Berlin

Die „Germania“ bedauert in einer Anmerkung die Verschiebung des französischen Besuchs. Das Blatt gibt der Meinung Ausdruck, daß der französische Besuch im Spätherbst ebenso wertvoll wie im gegenwärtigen Augenblick sein werde. Zielsetzt werde in der Septembertagung des Völkervereinigung in der einen oder anderen Frage eine Klärung erreicht, die einen Anknüpfungspunkt für weitere Erörterungen bieten. Wenn auch dieser Gegenstand mehr sein sollte als eine bloße freundliche Geste, so dürfte man doch von ihm eben so wenig fertige Resultate erwarten, wie von dem Pariser Zusammentreffen, das eine erste persönliche Fühlungnahme darstellte. Zum Schluß würdigt die „Germania“ die Bedeutung der Tatsache, daß Ministerpräsident Laval in einem persönlichen Telefongespräch mit Brüning die Verschiebung des Besuchs begründet hat. Laval habe wohl nicht mit Unrecht empfunden, daß ein amtliches Kommuniqué keine zureichende politische Geste für den gegenwärtigen Augenblick sei.

Andere Blätter verweisen auf eine Anmerkung des „Journal des Débats“, das von einer „diplomatischen Krankheit“ Briands spricht. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ glaubt, daß mehr als der fröhliche Zustand Briands politische Gesichtspunkte für die Abreise an Berlin maßgebend waren. In den drei oder vier Wochen der großen internationalen Wörse in Genf hofft wohl der französische Außenminister, die deutsche Stellung sturmfest zu machen. Es sei leider recht gleichgültig, wann die französischen Staatsmänner nun in Berlin besuchen. Vor Genf, nach Genf, im Herbst oder im Winter: Das Ergebnis werde dasselbe sein.

Die französische Presse

W.W. Paris, 15. Aug. (Tel.) „Deuxième“ meint, es wäre besser, den Ministerbesuch im gegenseitigen Einverständnis um einige Tage aufzuschieben, um die Unterhandlungen zweckentsprechender gestalten zu können. Skeptischer beurteilt „Populaire“ die Gründe für die Aufschubung. Es sei kaum zu begreifen, so erklärt das Blatt, daß Briand die Strapaze einer Reise nach Berlin vor der Völkervereinigung nicht sollte ertragen können. Briand glaube doch, den Aufenthalt in Genf, der eine Dauer von zwei bis drei Wochen haben werde, aushalten zu können. „Le Nouvelliste“ bringt die Gründe für die Vertagung des Besuchs mit der zu erwartenden Entscheidung des Haager Gerichtshofes über die Zollunion zusammen.

Verfeinerung des Preussischen Landtags. In preussischen Regierungskreisen wird die Verminderung der Zahl der Abgeordneten für notwendig gehalten, vor allem auch aus finanziellen Gründen. Gedacht ist an eine Festsetzung einer Höchstzahl von 300 bis 350 Landtagsmitgliedern, während bisher auf je 40 000 Wahlstimmen ein Abgeordneter entfiel, was bei starker Wahlbeteiligung dazu führen könnte, daß der Preussische Landtag auf 500 Abgeordnete answüchse.

Der neue Berliner Verkehrsstarif. In einer Aufsichtsrats-Sitzung der Berliner Verkehrsgesellschaft wurden folgende neuen Tarife angenommen: Einzelfahrkarte 25 Pf., Fünf-Fahrkarte 1 M., Umsteiger 30 Pf., Schülerabonnement für Straßenbahn von 5 auf 6 M. erhöht und Schüler- und Abn.-Monatskarten von 6,50 auf 6 M. ermäßigt.

Letzte Nachrichten

Der Reichskanzler über die internationale Wirtschaft

Ein Interview mit einem englischen Pressevertreter

W.W. London, 15. Aug. (Tel.) „Daily Mail“ bringt aus einem Gespräch des Reichskanzlers mit dem nach Berlin entsandten Sonderkorrespondenten Ward Price folgende Äußerungen des Kanzlers:

Die Nationen Europas müssen ihre Kräfte vereinen, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Ich schlage dringend vor, daß die verantwortlichen Staatsmänner Europas so bald als möglich zusammenkommen, um die Festsetzung internationaler Preise für Güter derselben Qualität und die Ausmerzung handelsabschneiderischer industrieller und kommerzieller Konkurrenz zu erörtern. Schließlich würde ich gerne internationale Besprechungen zur Regulierung der hohen Zolltarife sehen und ich freue mich, sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch ist. Ich habe bereits private Besprechungen über derartige Dinge mit den Premierministern von Großbritannien und Italien gehabt. Ich kann in diesem darüber nichts näher sagen, bis ich eine Gelegenheit gehabt habe, dieselben Angelegenheiten mit dem französischen Premierminister zu besprechen. Von übertragener Notwendigkeit ist es, daß die Nationen Europas an den Frieden für viele, viele Jahre glauben. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung jedes westeuropäischen Landes Frieden braucht. Ich habe versucht, die französische Nation von der Unfruchtbarkeit von Deutschlands Wunsch nach einem dauernden Frieden zu überzeugen.

Die gegenwärtige Krise Europas führte der Kanzler auf folgende Punkte zurück: 1. Überindustrialisierung der neuen kleinen Staaten; 2. Rückgang der Kaufkraft in China und Indien; 3. übertriebene Zolltarife in der ganzen Welt, und 4. künftige Leistung des Flusses der Zahlungen infolge von Deutschlands Reparationsverpflichtungen. Wenn man die Wege zu allgemein besseren Bedingungen unterjuche, dann könne man sehr häufig freilich gegen den Friedensvertrag. Den Kommunismus bezeichnete er als Deutschlands größte innere Gefahr.

Keine Kürzung der Beamtenegehälter

W.W. Berlin, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Die von verschiedenen Blättern aufgestellte Behauptung, es seien neue Kürzungen der Beamtenegehälter geplant, werden vom Reichsfinanzministerium mit aller Entschiedenheit dementiert. Im Reichsfinanzministerium ist nicht das geringste von derartigen Plänen bekannt.

Keine Lohn- und Gehaltssteuer in England

W.W. London, 15. Aug. (Tel.) Schatzkanzler Snowden dementierte dem politischen Korrespondenten des „Daily Express“ gegenüber nachdrücklich die von einem Abendblatt gebrachte Meldung, daß er eine sieben- bis zehnprozentige Steuer auf Löhne und Gehälter erwäge.

Südslawien und der Hoover-Plan

W.W. New York, 15. Aug. (Tel.) Wie die Blätter aus Washington melden, hat die jugoslawische Regierung dem Staatsdepartement eine Mitteilung gegeben, welche unter Wiederholung der bereits der Londoner Expertenkonferenz dargelegten Gründe noch einmal erklärt, daß Jugoslawien am Hoover-Moratorium nicht teilnehmen könne. Wie die Blätter meinen, soll man in Regierungskreisen aus diesen Darlegungen allerdings den Eindruck gewonnen haben, daß der Hoover-Plan Jugoslawien verhältnismäßig größere Opfer aufbürden würde, als Frankreich oder den Vereinigten Staaten, hofft aber, es werde durch eine Anleihe gelingen, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Fünf-Tage-Woche in Amerika geplant

W.W. New York, 15. Aug. (Tel.) Regierungs- und Wirtschaftskreise beschäftigen sich eingehend mit Vorschlägen zur Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit, namentlich mit dem Plan einer Einführung der Fünf-Tage-Woche in den Vereinigten Staaten, der von der Handelskammer befürwortet wird. Die Verwirklichung dieses Planes würde es ermöglichen, eine bestimmte Anzahl von Arbeitern und Angestellten während des größten Teiles des Jahres in den Hauptindustrien zu beschäftigen. Präsident Hoover prüft eingehend diesen Vorschlag, der einem Antrag auf staatliche Arbeitslosenunterstützung in der nächsten Session des Kongresses zuvorkommen will.

Die Beaufsichtigung der Banken. Der Wirtschaftsausschuß der Reichsregierung mit Beteiligung der Reichsbank wird in der nächsten Woche unter Hinzuziehung eines kleineren Kreises von Sachverständigen aus der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft die Entscheidung über Fragen vorbereiten, die sich in Verfolg der von der Reichsregierung für die Darmstädter und Nationalbank sowie für die Dresdener Bank ergriffenen Maßnahmen ergeben, einschließlich der Frage einer Aufsicht über das deutsche Bankgewerbe.

Die Verzugszinsen. Das Reichsfinanzministerium erinnert erneut daran, daß bei verspäteter Steuerzahlung für jeden halben Monat ein Prozentiger Verzugszuschlag bewirkt wird.

* Zur politischen Lage

Die Arbeitslosigkeit und der kommende Winter

Professor Bagemann, der Präsident des Statistischen Reichsamtes und Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, hat dieser Lage der Vermutung Ausdruck gegeben, daß wir im kommenden Winter bei Anhalten der jetzigen Wirtschaftskrise mit einer Arbeitslosenziffer von etwa 8 1/2 Millionen rechnen müßten. Die Frage ist nun, ob man im Vertrauen auf das einjährige Weltmoratorium, im Vertrauen auf den Fortfall der diesjährigen Reparationszahlungen ein solches Anschwellen der Arbeitslosigkeit hinnehmen und ertragen will, oder ob man sich dazu entschließt, die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln einzudämmen. Wer die Persönlichkeit des Reichskanzlers kennt, wird kaum im Zweifel darüber sein, daß diese Frage nur im Sinne der zweiten Möglichkeit beantwortet werden wird. Die wichtigste Aufgabe des Reichskabinetts für die nächste Zukunft wird also der Entwurf eines umfassenden Programms sein, nach dessen Grundrissen und Richtlinien man dem Übel der Arbeitslosigkeit zu Leibe geht.

Erfolgreich bekämpfen läßt sich das „Arbeitslosigkeit“ genannte Negativum natürlich nur durch die positive Leistung der Arbeitsbeschaffung. Diese Leistung ist von so unendlicher Bedeutung für unser ganzes Volk, daß kein verantwortlicher Politiker es wagen dürfen, die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung durch starres Festhalten an ganz bestimmten Forderungen zu erschweren. Notwendig ist unter allen Umständen, daß der Kreis der Arbeitenden und für ihre Arbeit Bezahlten wesentlich vergrößert wird. Demgegenüber muß die Frage nach der Höhe dieser Bezahlung leider ganz von selbst in die zweite Linie rücken. Wir können uns nach dem Ausdruck des Reichsfinanzministers einen noch einmaligen Winter mit einer Arbeitslosigkeit von 6 oder 7 oder 8 Millionen nicht mehr leisten.

Schon neulich haben wir darauf hingewiesen, daß der Arbeitslose die öffentlichen Kassen zweiseitig belastet. Erstens durch den Ausfall an Lohnsteuer, zweitens durch die Zahlung des Arbeitslosenversicherungsbetrages oder der Fürsorgeunterstützung. Der Grundsatz, daß es im Notfall besser ist, einen relativ kleinen Lohn zu haben, als stempeln zu gehen, wird mit allem Ernst verwirklicht werden müssen. Welche Maßnahmen nötig sind, um diese Verwirklichung herbeizuführen, ist bekannt.

Die englische Finanzkrise

England befindet sich in einer ähnlichen Lage wie Deutschland. Auch dort hat die Weltwirtschaftskrise in Verbindung mit den ungeheuren Aufwendungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Gehälter und Löhne die Finanzen immer mehr und mehr zerrüttet. Heute ist die Situation die, daß England für das laufende Etatsjahr ein Defizit von 2,4 Milliarden Reichsmark aufzuweisen hat. Das ist eine ganz gewaltige Summe, und man kann es begreifen, daß das sogenannte Notstands-Komitee des Kabinetts zusammengetreten ist, um zu dieser überraschenden Stellung zu nehmen. Man wird auch in England um einen Abbau der sozialen Lasten und Gehalts- und Lohnkürzungen nicht herumkommen, so unbeliebt sich das Kabinett mit solchen Maßnahmen gerade bei den Bevölkerungsschichten machen mag, die ihm parteimäßig nahestehen. Man spricht davon, daß ein Vorschlag auf Abbau der sozialen Lasten usw. in Höhe von 1,2 Milliarden Reichsmark vorliegt.

Die Finanznöte Englands offenbaren sich am deutlichsten in dem schwankenden Kurs der britischen Wälua. Schon jetzt besteht die Absicht, einen neuen amerikanischen Stützungs-Kredit zustande zu bringen. Man hofft dabei, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: einmal den Sterlingkurs wieder stabil zu machen, und zweitens sich aus der finanziellen Abhängigkeit von Frankreich zu befreien, einer Abhängigkeit, welcher ja mit der Zeit unbedingt die politische Abhängigkeit folgen muß.

Der Kanzler und die Parteien

In der vergangenen Woche ist der Parteivorstand des Zentrums zu einer Sitzung zusammengetreten. Das wichtigste Ergebnis dieser Sitzung ist wohl darin zu erblicken, daß sich der Vorstand in voller Einmütigkeit hinter die Politik des Reichskanzlers gestellt hat und entschlossen ist, Dr. Brüning und sein Kabinett bei der schweren Aufbau- und Reformarbeit der nächsten Monate zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit ist die Tatsache

unterstrichen worden, daß die Parteileitung die Kundgebung der preußischen Regierung kurz vor dem Volksentscheid als nicht zweckmäßig empfunden hat. Doch hat man der Angelegenheit lediglich die Bedeutung einer „kleinen Panne“, wie es in den offiziösen Kommentaren der Parteipresse hieß, beigemessen. Und man konnte dies um so eher, als „für die Durchführung der staatspolitischen Aufgaben im Reich und in Preußen die notwendigen sachliche und methodische Handlungseinheit zwischen den Vertretern der Partei in beiden Kabinetten durchaus gewährleistet ist“.

In seiner Rede am Verfassungstag hatte der Reichskanzler die Äußerung getan, es müßten „alle aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte“ unseres Volkes zur Überwindung der Nöte und Gefahren dieser Zeit zusammengefaßt werden. Ferner war berichtet worden, daß der deutschnationale Parteiführer, Geheimrat Hugenberg, dem Reichspräsidenten einen längeren Besuch abgestattet habe, dem eine Begegnung mit dem Reichskanzler auf dem Fuß folgen sollte. Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen war in einzelnen Blättern die Möglichkeit einer Rechtschwenkung des Zentrums erörtert worden. Der Bericht über die Vorstandssitzung des Zentrums ist nicht geeignet, eine solche Deutung zu bestätigen. Und auch von Seiten Hugenbergs ist dieser Tage eine Erklärung abgegeben worden, die als ein Dementi derartiger Mutmaßungen aufgefaßt werden muß.

Wie liegen die Dinge? Der Reichskanzler wird in den kommenden Monaten ein ganz bestimmtes Programm durchführen, dessen Einzelheiten tief einschneidenden Charakter haben dürften. Wenn die „Kölnische Zeitung“ meint, das Kabinett werde sich zu neuen, scharfen Sparmaßnahmen, zu einem Abbau der öffentlichen Aufgaben, zu einer Auflockerung der tariflichen Lohnbindungen und des Schlichtungswesens entschließen, so eilen derartige Behauptungen wohl den Ereignissen voraus. Aber jeder Einsichtige wird sich sagen müssen, daß man um derartige oder ähnliche Maßnahmen einfach nicht wird herumkommen können, wenn man wirklich der Not steuern will.

Es wird sich dann also darum handeln, ob die Sozialdemokratie weiterhin das Kabinett Brüning toleriert oder nicht. Wie es heißt, sei es jetzt schon das Ziel der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die inzwischen ihre Besprechungen mit den zuständigen Ministerien über die Abänderungswünsche der Partei zur Juni-Notverordnung aufgenommen hat, das Tarifrecht für die öffentlichen Arbeitnehmer wiederherzustellen und Abänderungen durchzuführen, die fast einer Wiederherstellung des alten Zustandes gleichkommen würden. Da die Juni-Notverordnung durch die Entwicklung der letzten zwei Monate schon so gut wie überholt ist und bereits wieder ganz neue, noch viel tiefergreifende Maßnahmen zur Erörterung stehen, wäre allerdings mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Sozialdemokratie ihre bisherige Politik der Tolerierung aufgibt. Daß das gleichbedeutend wäre mit der Herausforderung einer Kabinetts- und Staatskrise, ist allgemein bekannt; und ebenso weiß jeder Volksgenosse nur zu gut, daß schon im Hinblick auf die ersten Probleme der Außenpolitik eine solche Krise vermieden werden muß. Wenn also Dr. Brüning von der Zusammenfassung aller aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte gesprochen hat, kann man darin ebenso sehr eine Mahnung an die Sozialdemokratie erblicken, auch weiterhin die Politik des Kabinetts durch jene Taktik der Toleranz zu unterstützen.

Andererseits bestehen wohl keine Zweifel darüber, daß der Reichskanzler entschlossen ist, im Notfall auch ohne die Sozialdemokratie die Maßnahmen ins Auge zu fassen und zu verwirklichen, die sich nun einmal, weil vom

Zwang der Verhältnisse geboten, nicht umgehen lassen. Man wird also abzuwarten haben, wie sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu dem neuen Kabinettsprogramm stellt, dessen Veröffentlichung ja wohl schon in Kürze erfolgen wird.

Sehr interessant ist eine andere Mahnung von Seiten der Zentrumsfraktion. In der Zentrumsfraktion wird der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags bedeutet, daß es unangebracht wäre, wenn die Sozialdemokratie den Sieg beim Volksentscheid als einen reinen Erfolg für sich bzw. für das Kabinett Braun buchen möchte und dementsprechend glaube, in innen- und außenpolitischen Angelegenheiten bestimmend mitzusprechen zu können. Im Zusammenhang hiermit steht eine weitere Mahnung, die preussische Regierung möge in personeller Beziehung in ihren demnächstigen Entschlüssen sehr vorsichtig sein oder diese Entschlüsse lieber vertagen, bis die neue Landtagswahl stattgefunden hat.

Die kommunistische Gefahr

Die letzten Wochen werden auch dem sorglosesten deutschen Staatsbürger die Größe der Gefahren, die uns vom Kommunismus drohen, klargemacht haben. Vor Jahren ist das Wort gefallen, die Kommunisten seien „politische Kinder“. Damals mag es vielleicht nicht ganz unbedeutend gewesen sein. Heute wird es kein verantwortlicher Politiker mehr in den Mund nehmen wollen. Die Kommunisten haben selbst dafür gesorgt, daß es auch bei denen in Preußen, die das kommunistische Treiben mit einer gewissen Gelassenheit zu betrachten pflegten, heute keine Zweifel mehr über die Gefährlichkeit des Kommunismus gibt. Und zwar erstreckt sich diese Gefährlichkeit in gleicher Weise auf das Gefüge der staatlichen Ordnung, wie auf die seelische Disposition des Volkes. Der Staat, der dieses Treiben weiterdulden wollte, würde sich damit selbst aufgeben. Es ist anzunehmen, daß die preussische Regierung die Dinge mit dem gleichen Ernst betrachtet und ihrerseits alles tun wird, um der kommunistischen Drohung zu begegnen.

Bevorzugung deutscher Ware

ist die beste Selbsthilfe!

Seitens der Reichsregierung ist eine dritte Ergänzung der vorläufigen Richtlinien für die Devisen-Bewirtschaftungsstellen herausgegeben worden. Während bislang der gesamte Devisenverehr einer neuen Verwendungskontrolle unterstellt werden sollte, sind nun schon „sehr weitgehende Lockerungen“ erfolgt. Allerdings hat die Reichsregierung deutlich erklärt, daß sie von der Verbrauchsersparnis von Handel und Banken erwarte, daß diese sich bei der Einfuhr, besonders von Luxuswaren und Genussmitteln, die durch die Wirtschaftslage gebotene Zurückhaltung auferlegen. Zu solchen Genussmitteln gehört auch der ausländische Wein. Es gehört unbedingt zum Programm einer nationalen Selbsthilfe, daß der einzelne Deutsche sich seiner Pflicht auch gegenüber den Bürgern bewußt wird. Dieses Bewußtsein muß aber auch in die Tat umgesetzt werden und diese Tat besteht in der grundsätzlichen Bevorzugung der deutschen Ware, also auch des deutschen Weines.

350 Millionen Defizit in Preußen. In preussischen Regierungskreisen rechnet man, der „Deutsch. Allg. Ztg.“ zufolge, für 1931 mit einem Gesamtschuldenbetrag im ordentlichen Etat im Höhe von 350 Millionen. Im preussischen Finanzministerium werden gegenwärtig neue Vorschläge für, wie es heißt, drakonische Sparmaßnahmen ausgearbeitet.

Ein amerikanisches Riesenluftschiff. In Akron (Ohio) vollzog Präsident Hoover unter Beteiligung einer ungeheuren Menschenmenge, die auf 100 000 Personen geschätzt wurde, die Taufe des von der Goodyear-Zeppelin-Comp. gebauten Luftschiffes „United States Akron“. Dieses neue Luftschiff ist fast doppelt so groß wie „Graf Zeppelin“. Es kann fünf große Flugzeuge mit sich führen.

Der Allindische Kongress hat beschlossen, an der Londoner Konferenz am Kunden Tisch nicht teilzunehmen.

Der Vatikan und die Kalenderreform

Der „Osservatore Romano“ schreibt in einem Artikel über die Arbeiten der vom Vatikan eingesetzten Kommission zur Bestimmung eines festen Datums für Ostern und über die Haltung des Vatikan in dieser Frage, welche zurückhaltender als diejenige anderer religiöser Behörden bezeichnet wurde, daß über diese Haltung ungenaue Mitteilungen verbreitet worden seien.

Der Vatikan ließ die Kommission durch den Apostolischen Nuntius in Bern wissen, daß eine Änderung des Datums des Osterfestes mit einem altüberlieferten Brauch breche, obgleich dadurch kein Dogma berührt werde. Außerdem erklärt der Heilige Stuhl, er sehe keinen genügenden Grund zur Abänderung eines alten Brauches der Kirche. Der Vatikan fügte seinen diesbezüglichen Mitteilungen bei, er könne jedenfalls in dieser Frage keinen Beschluß fassen, bevor das Vatikanische Konzil befragt worden wäre. Die Kalenderreform wird vom Heiligen Stuhl nicht als ein Problem religiöser Charakter beurteilt, wie dasjenige des Datums des Osterfestes, aber er ist der Ansicht, daß der Augenblick zur Verwirklichung dieser Reform noch nicht gekommen sei.

Der Braunschweigische Landtag. Der Astenrat des Braunschweigischen Landtags beschloß, den Landtag auf den 15. September einzuberufen. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Wahl eines Nachfolgers für den zurückgetretenen Minister Dr. Franzen. Wegen des Nachfolgers ist nichts entschieden. Ein Vorschlag in der Presse erörterter Ein-Minister-Vorschlag hat kaum Aussicht auf Annahme durch den Landtag. Mit dem Beschluß der Einberufung zum 15. September lehnte der Landtag auch eine Stellungnahme zu dem kommunistischen Volksbegehren auf Auflösung des Landtags ab.

Nationalsozialist erschossen. In Limbach (Sachsen) sammelten sich nach der gestrigen Stadtverordnetenversammlung auf den Straßen der Stadt größere Menschenmengen an, wobei es zu Schlägereien und Messerstechereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam. Dabei wurden vier Personen schwer verletzt. Gegen 1 Uhr nachts wurde ein in seine Wohnung zurückkehrender Nationalsozialist tödlich angeschossen.

Folgen einer politischen Schlägerei. Kommunisten und Nationalsozialisten, die bei einem Propagandamarsch des Stahlhelms in Barth bei Stralsund mehrere Personen verletzt hatten, wurden zu drei bis sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Kleine Chronik

Der deutsche Flieger v. Gronau, der am Donnerstagnachmittag in Neufahrweg aufgestiegen war, ist in Scoresbysund (Grönland) gelandet.

Travemünde, die erste Etappe des großen Deutschlandsfluges, zu dem heute, Samstag, in aller Frühe die Kleinflugzeuge in Berlin gestartet sind, erreichte als erster Pokh als erster am 5.45 Uhr in kurzen Abständen gefolgt von Hirth und 13 anderen Fliegern. Kurz und Hirth traten den Weiterflug nach Münster an.

Die beiden amerikanischen Flieger Rauborn und Gerndon, die wegen überfliegens japanischen Festungsgebietes verhaftet worden waren, sind in Tokio zu einer Geldstrafe von je 2000 Yen verurteilt worden.

In Hamburg wurden zwei Boten einer Schiffsahrtsgesellschaft von drei Männern überfallen und beraubt. Sie hatten 12 000 M bei sich, die sie von der Commerz- und Privatbank geholt hatten. Die Räuber, die in einem Auto einfielen, das sie entwendet hatten, gaben auf die Verfolger eine Reihe von Schüssen ab. Ein Räuber namens Ernst Schulz konnte ermittelt und verhaftet werden.

Die Aufgleisungsarbeiten an der Unfallstelle bei Jüterbog sind heute, Samstag, gegen 12 Uhr beendet worden. Ab 13 Uhr wurde der zweigleisige Betrieb wieder aufgenommen, vorläufig mit vermindertem, von Montag ab voraussichtlich mit voller Geschwindigkeit. Die Arbeiten sind in fünf Tagen unter Zuhilfenahme von zwei schweren Kränen zu je 60 Tonnen Tragfähigkeit erledigt worden.

Wie die Reichsbahndirektion Erfurt mitteilt, ist der H-D-Zug 3 Basel-Berlin, der in Erfurt um 10.26 Uhr vormittags eintrifft, am Freitag bei Kilometer 117 der Strecke Neudietendorf-Bischleben von einem unbekannten Täter beschossen worden. Das letzte Fenster am Durchgang des ersten Personenzuges zeigte zwei Kugelschläge.

Literarische Neuerscheinungen

Rudolf Beyer, Amtsgerichtsrat in Leipzig: Recht und Gesetz im täglichen Leben. I. Bürgerliches Gesetzbuch. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7141. Gebietet 40 Rpf., gebunden 80 Rpf. Dem Laien in der verwirrenden Fülle der modernen Gesetzgebung einen praktischen Führer und Berater für das tägliche Leben an die Hand zu geben, ist die Aufgabe dieses Wertes. Sowohl für den im Berufs- und sozialen Leben stehenden Menschen, als auch für den Unterricht in der Staatsbürgerkunde ist dieses Werk eines hervorragenden Juristen eine unentbehrliche Handhabe. Es wird von der Allgemeinheit freudig begrüßt werden.

Dr. Ing. Fritz Wettschadt: Der Automobilmotor und sein Bau. Reclams Kraftfahrerbuch. Erster Teil. Nr. 7150. Gebietet 40 Rpf. Wer Autofahren lernen will, muß zuerst den Motor kennen und verstehen. Kein besseres Mittel gibt es dazu als dieses kleine Werk des bekannten Fachmannes Dr. Ing. Wettschadt, der uns über Bau, Konstruktion und Funktionieren des Motors klar und erschöpfend belehrt.

Hans Kammerer: Photographierbuch. Eine leichtverständliche Anleitung. Mit 7 Zeichnungen im Text, in Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7143. Gebietet 40 Rpf., geb. 80 Rpf. — Alle Freunde der photographischen Kunst — und wer ist das heute nicht? — erhalten hier eine erschöpfende und klare Darstellung dessen, was man wissen muß, um gute Aufnahmen zu machen und selbst zu entwickeln.

Umwälzende Erfindungen auf dem Gebiet der Technik haben im letzten Jahrzehnt berechtigtes Aufsehen erregt! Wer möchte z. B. die Einrichtungen des Rundfunks missen, wer auf viele andere, der Menschheit dienende Erfindungen verzichten? In diesem Zusammenhang verdient eine Sache Erwähnung, die vielen unserer Leser nicht mehr unbekannt ist. Zwar keine „Erfindung“, aber immerhin eine umwälzende Idee ist es, das seither nur an einer Verwaltungsakademie durchführbare Studium denjenigen zugänglich zu machen, die eine Verwaltungsakademie nicht besuchen können. Das sind einige Millionen Beamte. Für sie ist das Selbststudium „Die Beamten-Hochschule“ der Schlüssel in eine erfolgreiche Zukunft geworden! Die Feststellung, daß dieser Studiengang den bekannten Un-

teritätsprofessor und Staatsrechtler Dr. Giese zum Herausgeber und zahlreiche Hochschulprofessoren zu Mitarbeitern hat, veranlaßt eigentlich allein schon zur uneingeschränkten Empfehlung. Die Lieferungen 70 bis 73, die uns neu vorliegen, halten sich unbedingt auf derselben Höhe wie alle vorhergegangenen. Man kann daher nur wünschen, daß recht viele Beamte diese ungewöhnliche Gelegenheit für eine hochschulmäßige Ausbildung ergreifen möchten! Der Industrie-Verlag Späth & Linde, Berlin W 10, Genthiner Straße 42, gibt den Prospekt „BH 3“ und eine interessante Probelektion umsonst ab. Lediglich die Portokosten von 30 Rpf sind einzuschicken. Aber es lohnt sich!

Erziehungsstunde auf Erlebnisgrundlage. Für Mütter und Erzieherinnen in Familie und Anstalt. Von Oberstudienrat Dr. Joh. Krüger. (64 S.) Kart. 1,80 RM. (Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1931.) — Junge Eltern suchen oft nach einem kleinen Führer durch die Schwierigkeiten der täglichen Erziehungsarbeit. Hier ist ein solcher Führer! An zahlreichen erlebten Beispielen, die anschaulich erzählt werden, zeigt er, wie erfahrene praktische Erzieher in bestimmten Fällen gehandelt haben (z. B. bei Lüge, Eigensinn, Trotz, Rasen, Unordnung usw.). Es ist erstaunlich, was in dem Büchlein alles an Erziehungsmaßnahmen geboten wird, Erziehungsmaßnahmen, oft überraschend einfach und stets von seelischer Art. Alle landläufigen „Erziehungsmittel“ werden einzeln behandelt: Befehl, Drohung, Aussprache mit dem Kinde, Tadel, natürliche Strafen, künstliche Strafen, Lob, Belohnung, Vorbild, Gewöhnung usw. Aber wie wird das alles angefaßt! Wie gewinnt das Leben! Das Büchlein weckt ungeahnte pädagogische Kräfte im Leser.

Das deutsche Wanderbuch. Wanderfahrten von Goethe bis zur Gegenwart. Herausgegeben vom Kunstwart durch Josef Hofmiller. (252 Seiten mit 24 Zeichnungen. München, Verlag Georg D. W. Callwey, Lartion. 4,80 RM., geb. 6 RM.) — Leider ist die schöne Kunst des Wanderns in unserer Zeit des triumphierenden Sports, einer Schnelllebensbeweißen Verlehrs-technik und eines geistlosen Rekordbetriebes selten geworden. Und es mag darum vielleicht kein Buch nötiger sein als dieses Wanderbuch, dessen Beiträge samt und sonders von jenen echten deutschen Wandergeist, jener vielgerühmten „Roesie“ des Wanderns erfüllt sind. Es sind durchweg Wirklichkeitschilde-

rungen deutscher Wanderfahrten, meisterhaft in der Form und von hohem künstlerischen Reiz, die die von einem erfahrenen, feinfühligem Künstler getroffene Auswahl bietet. Und Meister des Wanderns wie des Wortes sind es auch — von Goethe und Kleist über Keller bis zu Wilhelm Hauffen und Carl J. Luther —, die berichten, was sie auf ihren Wanderungen zu Fuß, auf Schneeschuhen, im Boot, im Zeltlager bergauf, bergab, an profanen und geweihten Stätten mit dem verklärten Auge des Künstlers, dem suchenden und erkennenden Blick des Forschers, den nur beglückt aufgeschlossenen Sinnen des Heimat- und Naturfreundes geschaut und erlebt haben. In dem Wie aber, mit dem jene begnadeten Wanderer deutsches Land erlebten und sich zu eigen machten, in ihrer Fähigkeit des Schauens, Freiens und Genießens liegt der hohe lebensnützliche Wert des Buches als einer Anregung und eines Vorbildes zur Pflege des wahrhaft beglückenden und bereichernden Wanderns.

Lutterbeck, Georg Alfred, S. J., Die Jagd über die Inseln. Eine Erzählung aus den Kämpfen der japanischen Kirche. Mit Bildern von Lothar Rohrer. (Aus fernem Landen. Eine Sammlung illustrierter Erzählungen für die Jugend. Neue Reihe. 38. Bd., Freiburg i. Br. 1931, Herder.) — Franz Lutterbeck, der größte Missionar der Neuzeit, gründet im aufstrebenden Japan eine blühende Kirche. Die Eiferjucht der Bonzen usw. ruft eine furchtbare Verfolgung hervor. Julianus Natsura, einer der vier japanischen Prinzen, die Europa und Rom gesehen hatten, ist der Hauptthelb. Neben ihm der kleine Atsura, der mit seinem Prohinn alle Herzen erobert und dessen Spürsinn aus allen Abenteuern einen Answeg findet. Ein Stofflich reiches, spannendes Buch für tapfere junge Bürgchen.

Martha Ostenso: Die Wasser unter der Erde. Roman (346 Seiten. F. G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung, Wien und Leipzig.) — Wieder handelt es sich hier um den Kampf harter Menschen gegen Abhängigkeit und Bindung — in diesem Falle um das Loslösen der Kinder von dem Einfluß eines puritanisch strengen und starren Vaters. Dieser Konflikt ist mit einer Folgerichtigkeit sondergleichen durchgeführt, und in jeder Phase ist er so vollkommen beherrscht von einem tiefen Wissen um Seelisches, daß die Dichterin einen ganz großen Triumph als Psychologin feiert. Es ist ein erschütterndes Buch, ein menschliches Dokument von Format. Es beweist, daß diese junge Erzählerin immer noch einen steilen Weg zur Höhe geht.

Die Angestellten und das Gewerbeaufsichtsamt

III.

Es hat sich gezeigt, daß im Kreislauf der industriellen Entwicklung das Gewerbe eine nicht geringe Rolle spielt; es hat auch alle Merkmale dieser Entwicklung zu tragen. So stellt denn der Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes fest, daß von der durch die allgemeine Wirtschaftslage hervorgerufenen Arbeitslosigkeit die Angestellten weit mehr betroffen werden, wie die anderen Berufe. Das ist durchaus richtig; das erste Halbjahr 1931 hat diese Auffassung noch unterstrichen. Was die bedauerliche Wirkung noch verschlimmert, ist der Umstand, daß es einem abgebauten Angestellten selten mehr gelingt, irgendwelche lohnende Beschäftigung zu finden. Älteren Angestellten ist es nahezu unmöglich, noch irgendwo unterzukommen.

Die Beschäftigungen in Handelsbetrieben

Das Gewerbeaufsichtsamt hat im Berichtsjahre 1930 an Handelsbetriebsbeschäftigungen 2814 vorgenommen, gegenüber 2801 im Jahre vorher. Von diesen entfielen 102 Beschäftigungen auf Betriebe mit mehr als 50 Angestellten und 768 auf mittlere Betriebe mit einer Arbeitnehmerzahl von 5-50 Personen. In den kleineren Betrieben mit weniger als 5 Angestellten und ohne motorische Kraft, fanden 1689 Betriebsbeschäftigungen statt. Eine Anzahl von Betrieben wurde zwei- und mehrmals beschäftigt; es handelt sich in der Hauptsache um die großen Warenhäuser und ähnliche Betriebe, deren Geschäftstätigkeit häufige Beschäftigungen erfordert. — Das Gewerbeaufsichtsamt zieht aus zahlreichen persönlichen Anhörungen und Anfragen der Angestellten die Schlußfolgerung, daß die staatliche Aufsicht nunmehr auch in Angestelltenkreisen Beachtung findet und daß ihre Tätigkeit als wesentlicher Bestandteil des Angestelltenstatus gewertet wird. Das ergebe sich, so sagt der Bericht weiter, auch daraus, daß die Bestimmungen über die Arbeitszeit im großen und ganzen in den Handelsbetrieben besser Beachtung finden, wie im Vorjahre. — Allerdings gehen die Auffassungen darüber, was ist freiwillige Arbeitszeit, zwischen den Inhabern von Handelsbetrieben und der sozialen Aufsichtsbehörde auseinander. Eine kleine Zahl vertritt z. B. vor Gericht den Standpunkt, daß eine tägliche Arbeitszeit von 16 Stunden eine freiwillige Leistung sei; sie ließ sich diese „Freiwilligkeit“ sogar von ihren Angestellten bescheinigen.

Der Ladenschluß

Mehr wie in den Vorjahren waren beim Gewerbeaufsichtsamt diesmal Klagen über die mangelhafte Einhaltung der vorgeschriebenen Ladenschlußzeiten eingegangen. Es handelte sich allerdings meistens um rein ländliche Gemeinden. Um in solchen Fällen den Bedürfnissen ihrer Einwohner Rechnung zu tragen, hat das Gewerbeaufsichtsamt sich damit einverstanden erklärt, daß auf Grund von § 9 der Arbeitszeitverordnung für Angestellte an 20 Tagen im Jahre, meistens an Sonn- und Feiertagen, der Ladenschluß auf 21 Uhr, festgesetzt wurde.

Im Gegensatz hierzu kann der Bericht konstatieren, daß die Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe im allgemeinen keinen großen Widerständen begegnet. Auch in den Einzelhandelsbetrieben habe sich die Sonntagsruhe eingebürgert. Mit Recht bemerkt das Gewerbeaufsichtsamt: „Wir halten die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für ein so wertvolles Kulturgut der Geschäftsinhaber und Angestellten, daß man die inzwischen geleistete Erziehungsarbeit an dem Käufer nicht wegen einer Hoffnung auf größere Umsätze aufgeben sollte; denn man kann doch feststellen, daß das Publikum sich mit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durchaus zufrieden zufriedengefunden hat.“

Beschäftigte Lehrlinge und Angestellte

Ein trübes Kapitel! Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Beobachtung gemacht, daß in einzelnen Betrieben eine im Verhältnis zu der Gesamtzahl von Angestellten zu große Zahl von Lehrlingen beschäftigt wurde. Ein paar Beispiele bestätigen diese Beobachtung. Dagegen weist es auch hin auf die vorbildliche Lehrlingsausbildung einer größeren Drogerie, welche sich um die Einrichtung von Drogeriefachkursen an den Handelsschulen bemüht, und es erreicht, daß die Pflichtschüler von den weniger wichtigen kaufmännischen Fächern befreit und dafür wöchentlich 6-8 Stunden in den drogeristischen Fachgebieten unterrichtet wurden, während die nicht schulpflichtigen Lehrlinge und die Gehilfen in Abendkursen aufammengefaßt wurden mit dem hauptsächlichsten Ziel, zum Schluß vor dem Reichsprüfungsausschuß das deutsche Drogistenverbandes das für Schülfern unerlässliche Examen abzulegen. Ein Bemühen, das man nur unterstützen kann.

Die Rationalisierung der Banken

Bekanntlich hat die schon vor zwei Jahren erfolgte Zusammenlegung der sog. De-Di-Banken unter den Angestellten große Aufregung hervorgerufen. Das Gewerbeaufsichtsamt hat sich bemüht, diese Abbaubestrebungen weniger fühlbar zu machen und soziale Gesichtspunkte bei den erfolgten Entlassungen zu erwägen. Es seien in erster Linie jüngere Angestellte abgebaut worden, dann wären auch Abfindungssummen an die Abgebauten bezahlt worden. Abgebaut wurden auch verheiratete Frauen, deren Männer sich in Stellung befinden oder Angestellte, die infolge der langen Dauer ihres Arbeitsverhältnisses Anspruch auf Pension hatten. Vor allem wurde strenge Beachtung gegeben, willkürliche Überstunden zu vermeiden. Da sagt das Gewerbeaufsichtsamt nun allerdings, daß es in dem Betrieben, zugunsten der abgebauten Angestellten des Bankgewerbes jede Überarbeit zu unterbinden, stark gehemmt wurde durch das Vorgehen der meisten städtischen Sparkassen, die nach Bedarf von ihren Angestellten, die Leistung von Überstunden angeblich sogar noch unter Vorenthaltung der tariflichen Zuschläge verlangten. Im Hinblick darauf, daß die Sparkassen der Aufsicht des Gewerbeaufsichtsamtes nicht unterstehen, und sie auch den Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung nicht unterworfen sind, hat dieses mehrfach versucht, durch gütliche Verhandlungen Abhilfe zu schaffen. Auch von seiten des badischen Ministeriums des Innern sind dem Antrag entsprechend die Stadtverwaltungen gebeten worden, darauf hinzuwirken, daß die Sparkassen durch Einstellung von Ausbilssträften Überarbeit vermeiden. — Man kann nur wünschen, daß diese Bestrebungen Erfolg gehabt haben.

Das Gesetz und Verordnungsblatt enthält in Nr. 48 eine vierte Verordnung des Staatsministeriums, betr. Änderung der Ausführungsverordnung zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 29. März 1924, ferner eine Bekanntmachung des Innenministers, betr. die Schweinezählung am 1. September d. J.

Badischer Teil

Verbot

der Mannheimer Arbeiter-Zeitung

Die in Mannheim erscheinende kommunistische Tageszeitung „Arbeiter-Zeitung“ ist auf Grund des Republikstufengesetzes und der Verordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auf die Dauer von zwei Wochen verboten worden. Anlaß zu dem Verbot gab eine Beschimpfung der Polizei, die Billigung einer politischen Gewalttätigkeit, die sich in letzter Zeit in Baden zugetragen hat und die unverkennbare Aufforderung zu gewalttätigem Vorgehen gegen Führer und Anhänger einer gegnerischen Partei.

Das badische Notgesetz und die Verwaltungsreform

Der Verband badischer Gemeinden hatte am 13. August d. J. eine Versammlung seiner Bezirksvorsitzenden nach Karlsruhe einberufen, um mit ihnen die wichtigsten Gemeindefragen und insbesondere auch die Notlage der Landgemeinden zu besprechen. Es wird uns darüber geschrieben:

Der Vorstandsmitglied, Bürgermeister Menges, Gernsbach, behandelte eingehend das badische Notgesetz und das Gutachten der Sparkommission, insbesondere auch die vorgeschlagene Verwaltungsreform. Bürgermeister Steinhilber, Gerolshausen, vertrat sich über die Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Justizverwaltung, und Bürgermeister Werner, Ruggendorf, über solche auf dem Gebiete des Schulwesens. Die Versammlung stimmte einmütig darin überein, daß die Gemeinden bei dem starken Rückgang ihrer gesamten Einnahmen, insbesondere an Einkommensteuerüberweisungen, Grund- und Gewerbesteuern, Holzgeldern, Pachtzinsen und bei den hohen Fürsorge- und sonstigen Lasten neue Ausgaben ohne entsprechenden Ersatz nicht mehr übernehmen können, und daß daher beim Badischen Landtag die Aufhebung des Notgesetzes vom 9. Juli 1931, das auch als verfassungswidrig bezeichnet wird, zu beantragen sei.

In bezug auf die Verwaltungsreform nahm die Versammlung scharf Stellung gegen das Spargutachten, das u. a. die Beseitigung alt eingeleiteter und unentbehrlicher Bezirksbehörden vorschlägt. Die Versammlung war der Auffassung, daß eine derartige Lösung für die badischen Verhältnisse völlig unbrauchbar sei, weil sie keine Verbilligung und Verbesserung, sondern im Gegenteil nur eine Verteuerung mit sich bringe. Mit dem im Spargutachten vorgeschlagenen 27 Amtskörperschaften würde vor allem eine Anzahl neuer Steuerläufiger eingerichtet und auch der jetzt schon völlig unzureichende Lastenausgleich zwischen Stadt und Land und zwischen den Leistungsarten und Leistungsmöglichkeiten Gemeinden vollständig beseitigt werden. Die Versammlung erhob die Forderung, daß die staatlichen Behörden und die Schulen in den Landbezirken erhalten bleiben, und daß die nötigen Sparmaßnahmen auf personellen und sachlichem Gebiet zu suchen seien. Ferner wird im Gegensatz zum Spargutachten verlangt, daß keine Vermehrung der Kreisgebiete von 11 auf 27, sondern eine ganz wesentliche Verringerung derselben auf etwa 4 eintrete. Weiter wird die Übertragung der gehobenen Fürsorge — mit Ausnahme der Kriegsbeschädigten- und Kriegerrückbliebenenfürsorge — auf die Gemeinden beantragt. Beim Badischen Landtag sollen die entsprechenden Anträge gestellt werden.

Aus der badischen Industrie

Schiedspruch bei der Mechanischen Weberei Brombach (Amt Lörrach). In dem seit Juni d. J. herrschenden Lohnstreit der Mechanischen Weberei Gebr. Grohmann wurde nach mehrfacher Unterbrechung der Verhandlungen jetzt ein Schiedspruch gefällt, der für die mechanische und automatische Weberei Brändelöhne festsetzt. Der Schiedspruch hat die gleiche Laufzeit wie der des Landeslohntarifs der Textilindustrie. Die Erklärungsfrist läuft bis 20. August.

Aus der badischen Landwirtschaft

Von der Tabakern im Hanauerland. Das Sorgenkraut des Landwirts, wie man den Tabak in diesem Jahre wirklich nennen kann, steht, wie aus Kebl berichtet wird, im Bezirk ganz verschieden, und es dürfte die Ernte diesmal ganz unterschiedlich ausfallen. Während in einzelnen Ortschaften nicht gelagert werden kann, mit Ausnahme darüber, daß die Pflanzungen sehr klein geblieben sind, haben andere stark unter der Mottkrankheit zu leiden gehabt, die ihnen große Verluste zufügte. Zahlreiche Tabakfelder haben auch durch das Hagelwetter im Juli schwer gelitten, was sich bei der Ernte hart auswirken dürfte. Mit dem Ausbrechen des Sandblattes ist in den meisten Ortschaften schon begonnen worden, doch hindert das sehr ungünstige Wetter ein gutes Fortschreiten der Arbeiten.

Aus der Landesbauwirtschaft

Zusammenbruch der Schaffer-Gilde in Karlsruhe. Wie die „Bad. Presse“ erzählt, hat die Schaffer-Gilde, die auf dem Neureuter Gezeirplatz eine Siedlung mit billigen Wohnungen erstellen wollte, ihre Zahlungen eingestellt. Der Schaffer-Gilde gehören 180 Bauarbeiter an, deren eingezahlte Vordarlehen wohl restlos verloren gehen, wenn die Siedlungsaktion, die im Gange ist, ohne Erfolg bleiben würde. In der Schaffer-Siedlung sind bis jetzt vier Siedlungshäuser fertiggestellt, sechs sind im Rohbau fertig und ein Haus ist noch im Anfangsstadium.

Sommer-Oerette im Städtischen Konzerthaus. Der Spielplan sieht am Samstag, den 15. d. M., um 20 Uhr die Erstaufführung des Singspiels „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“ von Fredy Raymond unter der musikalischen Leitung von Bruno Hlger vor. Die Inzenierung besorgte Viktor Kruscha. Dieses Singspiel erlang bei seiner Uraufführung in Wien einen sensationellen Erfolg und mußte nahezu 400 Mal wiederholt werden. In den Hauptrollen sind beschäftigt: die Damen Sekner, Biegler, Kurr, Janz, Rivinius und die Herren Böfer, Leberer, Wacher, Wehner, Kruscha, Schmitzer. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntagabend eine Wiederholung des Singspiels stattfindet. Beginn dieser Vorstellung um 19.30 Uhr.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Der Vorstoß subtropischer Luft an der Vorderseite einer über Westeuropa angelegten neuen Zyklone hat uns schon gestern leichten Temperaturschwung gebracht.

Zu Niederschlägen ist es bisher noch mehrfach gekommen, doch ist nach Beseitigung der über Deutschland noch vorhandenen Kaltluftmassen mit Nachlassen der Regenfälle zu rechnen. In England und Nordwestfrankreich hat es vielfach schon aufgehört. Voraussage: Weiterhin etwas wärmer, vorwiegend trocken, aber noch veränderlich, bei südwestlichen Winden. Wasserstände: Waldshut 353 minus 5, Basel 166 minus 10, Schusterinsel 225 minus 15, Rehl 384 minus 16, Raxau 563 minus 15, Mannheim 495 plus 16, Gaub über 200 Zentimeter.

Schrumpfung des Einkommens

Überaus einschneidend sind die Wirkungen der Krise auf die Entwicklung des deutschen Volkseinkommens. Noch liegt zwar darüber keine genaue Aufrechnung vor, die den gesamten Umfang der Wirtschaftstragödie von dieser Seite, von der Seite der Einkommensschrumpfung her, im exakten Ziffernbilde widerpiegelt. Es ist jedoch heute bereits möglich, sich an Hand untrüglicher Merkmale einen ungefähren Überblick über die Schäden zu verschaffen, die der Wirbelsturm der Krise auf diesem Gebiet angerichtet hat.

Am deutlichsten offenbaren sich die Verhältnisse beim Arbeitseinkommen. Die gewaltige Höhe der Arbeitslosigkeit hat zu ganz erheblichen Einkommensausfällen geführt. Im Monatsdurchschnitt 1929 waren etwa 2 Millionen Arbeitnehmer ohne Verdienst wurden also als Arbeitsuchende in den Listen der Arbeitsämter geführt. Im Jahre 1930 war das Heer dieser Notleidenden monatsdurchschnittlich auf 3 1/2 Millionen Menschen angewachsen. Im Jahre 1931 hat diese Armee des Elendes weiteren Zugzug erhalten. Im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres war die Zahl der Arbeitslosen um rund 1,6 Millionen größer als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Mit anderen Worten: die Gesamtzahl der Einkommensbezieher ist im ersten Quartal dieses Jahres um 1,6 Millionen geringer gewesen, als im gleichen Zeitraum von 1930. Das bedeutet einen Ausfall von nahezu einer Milliarde Arbeitsstunden bzw. dem entsprechenden Verdienst. Eine trübe Bilanz! Zwar gelangen durch die Arbeitslosenunterstützung Beträge zur Auszahlung, die den Arbeitslosen den nächsten Lebensunterhalt ermöglichen. Diese Beträge aber sind auf dem Wege der Arbeitslosenversicherung oder auf dem allgemeinen Steuerwege von dem Einkommen der anderen Erwerbstätigen abgezweigt, sie bedeuten also kein ursprüngliches Einkommen der Arbeitslosen, keine neue Kaufkraft.

Wenn man noch dazu berücksichtigt, daß sich auch die Kurzarbeit wesentlich ausgebreitet hat — sie bedeutet für die Betroffenen ebenfalls eine beträchtliche Einkommensminderung —, so wird man im Anschluß an die Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung für die ersten drei Monate dieses Jahres mit einem Ausfall an Arbeitseinkommen gegenüber dem Vorjahresstand von etwa 1,2 Milliarden Reichsmark rechnen können. Jeder weitere Monat wird diese Summe vorerst um mindestens 1/4 bis 1/2 Milliarde erhöhen.

Damit aber nicht genug. Auch die Lohn- und Gehaltsentfaltungen, die Kürzungen der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten, haben das Masseneinkommen erheblich vermindert. Diesen Einkommensausfall berechnet das Institut für Konjunkturforschung für das erste Vierteljahr 1931 im Vergleich zum Stande von 1930 auf ungefähr 1,5 Milliarden Reichsmark — eine Summe, die zur Zeit ebenfalls noch beträchtlich anwächst.

Berücksichtigt man schließlich noch, daß sich infolge schlechten Geschäftsganges auch das Einkommen der Gewerbetreibenden, der Kaufleute, Unternehmer und der Angehörigen freier Berufe zum Teil beträchtlich vermindert hat, so erhält man einen ungefähren Eindruck von dem gewaltigen Einkommensschwund in Deutschland. Klarer als viele Worte beweisen diese wenigen Angaben, wie schwer das deutsche Volk um seine Existenz zu ringen hat, in wie hohem Grade seine durchschnittliche Lebenshaltung bereits herabgedrückt ist, wie hart es unter der ohnehin untragbaren Bürde der Reparationen zu leiden hat.

Kurze Nachrichten aus Baden

Revolverattentat auf einen Sparkassendirektor. Bad. Lahr, 14. Aug. Auf den 40 Jahre alten Sparkassendirektor von Lahr, Dr. Hans Meister, wurde heute nachmittags 4 Uhr ein Revolverattentat verübt. Der Eisenwarenhändler Emil Kohler aus Friesenheim bei Lahr zog im Verlaufe einer Unterredung, die er mit Dr. Meister hatte, plötzlich einen Revolver und gab auf diesen einen Schuß ab, der Dr. Meister oberhalb des linken Auges traf. Dr. Meister brach lebensgefährlich verletzt zusammen. Der Täter ist verhaftet.

Kohler, der bereits den Offenbarungseid geleistet hat, rief am Freitag mehrere Male telephonisch bei der öffentlichen Sparkasse an und verlangte Dr. Meister zu sprechen. Im Verlaufe dieser Gespräche verlangte er von Meister einen Geldbetrag und drohte mit Erschießen, falls Meister diesen Betrag ihm nicht auszahlen lassen würde. Um 4 Uhr nachmittags erschien Kohler im Auto vor der Sparkasse und verlangte, in das Zimmer des Direktors geführt zu werden. Dr. Meister weigerte sich, Kohler zu empfangen und erschien selbst im Schalterraum, um mit Kohler zu verhandeln. Im Verlaufe dieser Besprechung packte ihn Kohler plötzlich, zog blitzschnell einen Revolver und gab einen Schuß auf Dr. Meister ab, der im Begriff war, seinerseits einen Revolver zu ziehen, um sich seines Angreifers zu entledigen. Der Schuß traf Dr. Meister oberhalb des linken Auges durch die Stirnwand. Der Betroffene fiel sofort bewußtlos zu Boden und wurde in hoffnungslosem Zustande in seine Wohnung verbracht. Der Täter wurde sofort festgenommen. Die Sparkasse wurde sofort geschlossen.

DB. Buchen, 15. Aug. In der Nacht zum Verfassungstage hatten einige junge Burschen die Reichsflagge vom Gebäude des Realgymnasiums heruntergerissen und Fenstersteine am Pressevereinsgebäude und an der Synagoge eingeschlagen. Am Donnerstag bereits hatten sich die Täter vor dem Amtsgericht zu verantworten. Der Automobilschlosser Wittenmann erhielt eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten, Finanzpraktikant Erbsland wurde zu 3 1/2 Monaten Gefängnis, Friseurgehilfe Roe zu 4 Wochen Gefängnis, und Kellerlehrling Metz zu 50 M Geldstrafe verurteilt. Von beiden Parteien wurden gegen das Urteil Berufung eingelegt.

DB. Baden-Baden, 15. Aug. Nachdem Prinzessin Theobora gestern in Begleitung ihrer Großmutter, der Fürstin Battenberg, hier eintraf, fand heute mittags um 1/1 Uhr die Ziviltrauung der Prinzessin mit Markgraf Berthold statt. Der Trauakt wurde von Bürgermeister Dr. Rothke vollzogen. An den Hochzeitsfeierlichkeiten, die am Montag nach der kirchlichen Trauung ihren Anfang nehmen, nehmen eine Reihe von Fürstlichkeiten teil.

WINSCHERMANN G.m. b. H. **Kohlengroßhandlung** Stephaniensstraße 49 Telefon 815, 816, 817

5ld. Freiburg, 14. Aug. Der Ehrenpräsident des Badischen Schwarzwaldbereins, Geh. Hofrat Dr. Karl Seiff, Schuldirektor a. D., feierte heute in beneidenswert körperlicher und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag.

5ld. Albrun bei Waldshut, 14. Aug. Der wilde Streit beim Kraftwerksbau Albrun-Dogern ist täglich zusammengebrochen. Die Arbeit ist von den Arbeitswilligen und neu eingestellten Arbeitskräften in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Unternehmer hatten weitere Verhandlungen abgelehnt.

5ld. Lörrach, 15. Aug. Am gestrigen Freitag wurde vor dem Amtsgericht in Lörrach ein großer Schmuggelprozeß, in dem 13 Angeklagte aus Basel, Lörrach und Umgebung verurteilt sind, verhandelt. Eine Reihe von Kaufleuten, die Waren erworben hatten, sich jedoch nicht strafbar machen, hatten als Zeugen zu erscheinen. Der Hauptangeklagte ist der Italiener Gattamorta, der Chauffeur in Basel ist, und der Kaufmann Theodor Gumbel aus Fringen. Gerade letzterer hatte einen umfangreichen Schmuggel mit Kaffee und Zuder organisiert. Nach den Feststellungen der Zollbehörden wurden 625 Kilo Mohlkaffee, 167 Kilo gebrannter Kaffee, 10 200 Kilo Zuder sowie kleinere Mengen Tee und einige tausend Stück Schweizer Stumpfen über die Grenze gebracht. Nach vierzehntägiger Beobachtung gelang es, das Auto abzufangen. Dabei konnten beschlagnahmt werden: 5791 Kilo Zuder, 207 Kilo Kaffee und 600 Stumpfen.

Gemeinderundschau

Die Finanzlage der Gemeinden

Der Bürgerausschuß Buchen hat dem Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32 einstimmig zugestimmt. Es kommen vom Grundvermögen 1,62 M zur Erhebung, vom Betriebsvermögen 71 M, vom Gewerbeertrag 8,87 M. Die Bürgersteuer wurde um 300 Proz. erhöht. Die Biersteuer erhält einen 100prozentigen Zuschlag.

Der Gemeinderat Schwetzingen beschäftigte sich mit der Forderung der Bad. Landeshauptkasse, die auf Grund des Bad. Notgesetzes vom 9. Juli für 24 an der Volksschule Schwetzingen bestehende Lehrerstellen als Beitrag zu dem Aufwand für diese Stellen mit Wirkung vom 1. April 1931 an jährlich 24 000 RM. verlangt. Da die Rechtsgültigkeit des Bad. Notgesetzes angefochten sei und der Stadt für die Beitragsleistung Mittel nicht zur Verfügung ständen, könne Zahlung nicht erfolgen.

In Oberweier (Amt Kastatt) hat der Gemeinderat den Voranschlag einstimmig abgelehnt. Er findet die vorgeschlagenen Gehälter für die heutige Zeit immer noch zu hoch.

Der Voranschlag der Gemeinde Lichtenau bei Kehl war so sparsam, daß eine Senkung der Grundvermögensteuer und die Einführung der erhöhten Bier- und Bürgersteuer vermieden werden konnte. Trotzdem verlangten die Jungbürger eine weitere Ausgabenreduzierung, und zwar Austritt aus dem Verband badischer Gemeinden und weitere Senkung der Gehälter der Gemeindebeamten. In der Abstimmung wurden diese Anträge abgelehnt. Die Jungbürger lehnten darauf geschlossen mit den Landwirten und der Arbeiterpartei den Voranschlag mit 17 gegen 14 Stimmen ab.

In Bergshaupten bei Gengenbach genehmigte der Bürgerausschuß den Voranschlag. Danach werden an Steuern erhoben: für das Grundvermögen 88 Mpf., für das Betriebsvermögen 33 Mpf. und für den Gewerbeertrag 620 Mpf.

In Prechtal wurde vom Bürgerausschuß der Gemeindevoranschlag mit der Einführung der Biersteuer genehmigt. Letztere beträgt 7,5 RM. je Hektoliter.

Wie im Bürgerausschuß Neustadt i. Schw. der Bürgermeister mitteilte, wirken sich die letzte Reichsnotverordnung und die badische Notverordnung auf den Gemeindehaushalt von Neustadt dahin aus, daß der Voranschlag für 1931/32 um 20 000 RM. aus dem Gleichgewicht geraten ist infolge Rückgangs der Reichsüberweisungen, der Steuereinnahmen und Abwälzung des persönlichen Schulaufwands in Höhe von 850 RM. pro Lehrstelle auf die Gemeinde. Dazu kommt noch eine Mindereinnahme aus dem Holzzerlös. Auf 1. Oktober sollen dem Bürgerausschuß die Deckungsvorlagen zugehen. Inzwischen hat das Stadtbauamt 40 Prozent und die Schulen 35 Prozent des Voranschlags zu streichen.

Vom Heidelberger Fremdenverkehr. Während sonst der Fremdenverkehr beträchtlich meist sehr stark zurückgegangen ist, hat Heidelberg immerhin noch einigermaßen guten Zutrom von Fremden. Im Juli waren hier etwas über 81 000 Übernachtungsfremde gegen 48 000 im Juli 1930. Seit Anfang August ist bisher noch eine kleine Zunahme eingetreten, so daß manche Hotels sogar sehr gut besetzt sind. Allerdings bleiben die vollen Besetzungen Ausnahme. Stärker als der Verkehr von Übernachtungsfremden ist dagegen wohl der Touristenverkehr zurückgegangen, der zahlenmäßig schwer zu erfassen ist: Bei ihm macht sich außer der hauptsächlich in Frage kommenden Geldtrübe auch das schlechte Wetter störend bemerkbar.

Eine Milchzentrale in Kastatt. Die Milchversorgung Kastatts erfährt eine Neuordnung durch die Schaffung einer Milchzentrale. Eine Erhöhung des Milchpreises kommt nicht in Frage. Die Neuorganisation wird die Milchzentrale Karlsruhe, G. m. b. H., übernehmen, an welche 100 Quadratmeter Gelände verkauft wurden. Der Bürgerausschuß hat bereits mit Mehrheit seine Zustimmung zur stadträchtlichen Vorlage gegeben.

Handel und Wirtschaft

Verordnung über die Weizen-Aus- und -Wiedereinfuhr. Im heutigen Reichsanzeiger wird eine auf Grund der Gesetze über Zolländerungen vom 15. April 1930 und vom 28. März 1931 erlassene Verordnung verkündet. Die Anmerkung zu der Zolltarifposition „Weizen“, welche bisher die Zollermäßigung von 25 auf 20 M. je Doppelzentner enthielt, wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Weizen und Spelz unterliegen nach näherer Anordnung des Reichsfinanzministers bei Nachweis der in der Zeit bis zum 31. Dez. 1931 getätigten Ausfuhr einer entsprechenden Menge durch Vorlage eines Ausfuhrscheines einem Zollsatz von 2 M. je Doppelzentner. Die Verordnung wird mit dem 24. Aug. 1931 in Kraft gesetzt.

Maismonopol. Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat beschlossen, die Maispreise und die An- und Verkaufsbedingungen bis 7. September 1931 einschließlich unverändert bestehen zu lassen.

Die Redarschiffahrt im Juli. Die Schiffahrt auf dem Neckar war am 21. und 22. Juli wegen Hochwasser eingestellt. An den übrigen Tagen konnte sie ohne Unterbrechung aufrecht erhalten werden. Von Mannheim fuhren 28 Schleppzüge mit 92 Rähnen zu Berg, von denen 17 mit Gütern und 47 mit Kohlen und Stöck für Heilbronn beladen waren. Zum Kanalrückstich bei Heilbronn wurden 10 Rähne mit Rieß von Mannheim nach Heilbronn verschleppt, sowie ein Kahn mit Sand von Mannheim zum Kanalbau bei Rodenan. Von den restlichen 18 Rähnen schleppten 8 leere zu Berg zum Salzladen. Die übrigen 5 Rähne leer nach Zwischenstationen zum Gips- und Holzladen. Zu Tal sind 85 Rähne, und zwar 81 mit Salz, sowie 4 mit Gütern und Mauersteinen abgefertigt worden.

Um die Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen. Von unterrichteter Berliner Seite wird mitgeteilt, daß eine Entscheidung, ob eine Eröffnung der Wertpapierbörsen noch in diesem Monat erfolgen soll, vor Montag nicht zu erwarten ist.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund der §§ 5 Absatz 1 Ziffer 4, 13 des Republik-schutzgesetzes vom 25. März 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 91), der §§ 1 Absatz 1 Ziffer 2, 12 Absatz 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 79) und des § 2 Absatz 2 Ziffer 2 der Zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 17. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 871) in der Fassung vom 10. August 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 436) wird die in Mannheim erscheinende Tageszeitung „Arbeiter-Zeitung“ mit Wirkung vom Heutigen auf die Dauer von 2 Wochen verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfbücher der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 14. August 1931.

Der Minister des Innern.

J. B. Weigel.

Gommer-Operette

im Städtischen Konzerthaus Karlsruhe.

Spielplan vom 17. bis 23. August 1931.

- Montag, 17. Aug. Sondervorstellung Volksbühne Nr. 2, 20-22.30.
 - Dienstag, 18. Aug. Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren, 20 bis gegen 23 (4.-).
 - Mittwoch, 19. Aug. Die lustige Witwe, 20 bis nach 22.30 (4.-).
 - Donnerstag, 20. Aug. Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren, 20 bis gegen 23 (4.-).
 - Freitag, 21. Aug. Der lachende Chemann, 20 bis gegen 23 (4.-).
 - Samstag, 22. Aug. Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren, 20 bis gegen 23 (4.-).
 - Sonntag, 23. Aug. Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren, 19.30 bis gegen 22.30 (4.-).
- In Vorbereitung: „Poppina.“

Zeitschriftenbau

„Bayerische Industrie- und Handelszeitung“ (H. C. Mayer-Verlag, München, Sparassensstr. 11, 61. Jahrgang, Nr. 27/28 und 29/30). Die Zeitschrift hat auch im Juli wieder eine Reihe bemerkenswerter Veröffentlichungen gebracht, so über die Frage der Stromtarife und des Preisabbaues, über das Eisenbahnfrachtrecht, über die Krisenlohnsteuer sowie eine Reihe anderer Steuerfragen. Ferner finden sich eine größere Anzahl von Spezial-Export-Informationen, welche für die Praxis von außerordentlichem Wert sind. Die inzwischen weiter ausgebauten „Süddeutschen Bau- und Submissionsnachrichten“ haben sich gut eingefügt und sind die reichhaltigste derartige Publikation in ganz Süddeutschland.

Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:

Armbruster & Co.

Bauunternehmung L.236
Beton- und Eisenbetonbau
Zementröhren-u. Kunststeinfabrik
Fabrikation von Holzlöhren und Bottichen

Freiburg = Littenweiler

Büro und Werk Kappler Str. 50, Telephon 3880



Sämtliche gußeis. Kanalisations-artikel



Feldbahnen und alle Baugeräte für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- und Gemeindebehörden und Bauämtern zu Kauf und Miete

Wilhelm Messmer, Villingen

Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131
Mitglied des Badischen Baumeisterbundes J.951

Heinrich Stöcker G. m. b. H.

vormals FR. KIRCHENBAUER

Bauunternehmung für Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau Umbauten aller Art

KARLSRUHE i. B.
Lessingstr. 1a Tel. 1020

L.283

Schäffer-Gilde e. G. m. b. H., Karlsruhe

Hierdurch berufe ich die ordentliche Generalversammlung auf Samstag, den 22. August, 20 1/2 Uhr, in den oberen Saal der „Goldenen Krone“, Douglasstr., ein.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme der Jahresrechnung für 1930 und Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnung. § 40 der Satzung. 2. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats über die Entwicklung und derzeitige Lage der Schäffer-Gilde (§ 32). 3. Antrag auf Enthebung von Mitgliedern des Vorstandes (§ 30).

Alle Mitglieder der Genossenschaft sind hierzu freundlich eingeladen. L.359

Anderen Personen haben keinen Zutritt.

Karlsruhe, den 14. August 1931.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: Siegrist.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“



Weitere Preisermässigung!

Kartoffeln neue, Pfund 3 Mpf
Tomaten Pfund 12 Mpf

Spezialität:
Prima Apfelwein 30 Mpf
per Liter ohne Glas

Warenabgabe nur an Mitglieder! 360

Lebensbedürfnisverein

Drud. G. Braun, Karlsruhe.

Zum Angebote

an vorgemerkte Interessenten werden verk. Häuser, Villen, Hotels, landwirtsch. Güter, Geschäfte usw. gesucht. Vermittler nicht erwünscht. Offerten an die „Vermittlungs- und Verkaufszentrale“, Frankfurt a. Main, Goetheplatz 22. L.358

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger



Gommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Sonntag, 16. August 1931

Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren

Singspiel von Freddy Raymond
Dirigent: Pilger
Regie: Pruscha
Mitwirkende:

Röser, Zehner, Ziegler, Rurr, Leberer, Macher, Janz, Lubach, G. Rivinius, Schreiner, G. Rivinius, Schreiner, Lindemann, Eich, Schreiber, Pruscha, J. Sonntag

J. Sonntag

Anfang 19 1/2, Ende geg. 22 1/2

Preise 1-4 M